

V0549/22

**Nachhaltige und sichere Infrastruktur für Gewerbegebiete**  
**- Antrag (V0293/22) der Ausschussgemeinschaft FDP/JU vom 29.03.2022 -**  
**(Referent: Prof. Dr. Georg Rosenfeld)**

**Stadtrat vom 26.07.2022**

Stadtrat Schäuble erinnert daran, dass im Ausschuss um einen Vortrag von Herr Bolle zu diesem Thema gebeten wurde.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf bedankt sich für den Hinweis und erklärt, dass die Themen Photovoltaik und Solarstrategie behandelt wurden. Er begrüßt Herrn Bolle und erteilt ihm das Wort.

Herr Bolle weist daraufhin, dass er keine Grundsatzrede halten wolle. Das Thema Photovoltaik stehe auf der Tagesordnung und er habe gehört, dass man das Gefühl habe, dass die Stadtwerke diesbezüglich zu wenig täten. Die Energiewirtschaft sei seit neun Monaten im Krisenmodus. Dies betreffe nicht nur die Lösung der Gaskrise, sondern auch das Thema Stoffströme. Das heiße, dass man inzwischen massive Probleme bei den Dienstleistungen, insbesondere bei den Komponenten für Photovoltaik und E-Mobilität habe, die Bauteile zu beschaffen, berichtet Herr Bolle. Betroffen sei alles, in den Chips oder magnetische Komponenten enthalten seien. In Ingolstadt habe man aber eigentlich keinen Mangel an Zubau von Photovoltaikanlagen. Während es bis 2018 bzw. 2019 ca. 200 Anlagen pro Jahr waren, seien es momentan ca. 500 Anlagen pro Jahr, die private oder haushaltsnahe Kunden auf klassische Dächer-Anlagen montieren ließen. Allerdings könnte die Kurve, die seit drei Jahren besteht, auch steiler ausfallen. Man habe im Aufsichtsrat der Stadtwerke nun einen Bericht eingeführt, in dem dargelegt werden soll, wie viele Aufträge man bekomme und wie viele abgewickelt werden können. Es existiere das Problem, dass fast die Hälfte der Aufträge nicht abgewickelt werden können, da die Komponenten, die er vorhin genannt habe, fehlten. Das betreffe bei einer Photovoltaikanlage nicht die Platten, sondern anfangs seien die Unterkonstruktionen wegen Stahlmangel das Problem gewesen und aktuell seien es die Wechselrichter. Man warte heute immer noch auf die Bestellungen aus dem Jahr 2021, erklärt Herr Bolle. Vor diesem Hintergrund mache es wenig Sinn, auf die Kundenakquise noch aktiver einzugehen, denn so habe man nur zunehmend unzufriedene Kunden. Um dagegen zu steuern, wolle man die aktuelle Strategie ändern. Bisher sei der Einkauf immer am Bedarf orientiert gewesen, nun werde man auf Vorratslegung umsteigen. Es handle sich dabei jedoch um keine Peanuts, sondern man bewege sich fast im siebenstelligen Bereich, was nicht unkritisch sei. Die Vorratslegung möchte man für das nächste Jahr anlegen, sodass man Module und Wechselrichter auf Lager habe und alles kaufe, was man bekommen könne.

Stadtrat Dr. Meyer bedankt sich bei Herrn Bolle für die Zustandsbeschreibung. Dass es Materialmangel und eine steile Preisentwicklung gebe, sei bekannt. Die Energieversorgung und die lokale Produktion mit Photovoltaikanlagen sei im Grunde nur ein Teilbereich des Antrags der Ausschussgemeinschaft FDP/JU für eine nachhaltige Versorgung von Gewerbegebieten. Es sei die Frage aufgekommen, wie man sich insgesamt in den nächsten Jahren aufstelle. Stadtrat Dr. Meyer hebt den politischen Hintergrund hervor. Man habe sich vor ein paar Wochen als Stadtrat und als Stadt weitgehend einstimmig ein Klimaschutzkonzept gegeben. Man sei als Ausschussgemeinschaft gegenüber den konkreten Zielsetzungen, welche mit Jahreszahlen hinterlegt seien, relativ skeptisch

gewesen, habe letzten Endes jedoch zugestimmt, weil man konstruktiv verdeutlichen wollte, dass man dahinterstehe und anpacken müsse. Man habe auch deutlich gemacht, dass die Stadt Ingolstadt ihr Handeln bei diesem Thema beschleunigen müsse, um überhaupt in die Nähe der Klimaneutralität im Jahr 2035 zu kommen, betont Stadtrat Dr. Meyer. Nachhaltige Energien gestalteten sich in Ingolstadt schwierig, da Windenergie kaum eine Rolle spiele. Vielleicht sei Geothermie etwas, jedoch müsse das die nächsten Jahre erst intensiv geprüft und entwickelt werden. Am meisten Potenzial habe die im Klimaschutzkonzept hinterlegte Realisierung aller Flächenpotenziale, durch die 300.000 t CO<sub>2</sub> eingespart werden könnten. Dabei sei die Frage aufgekommen, wie man dies erreichen könne. Man habe eine Antwort zu einem Teilbereich dieser Frage erhalten, die jedoch relativ reserviert gewesen sei und erstmal gebremst habe. Man habe den Eindruck, dass die beiden Sachen nicht zusammenpassen und das hehre Ziel und eine vielleicht sachlich richtige, aber politisch kritische Bremserei in dieser Frage vorherrsche. Deswegen müsse man diese Sache viel massiver angehen, appelliert Stadtrat Dr. Meyer. Man habe den Vorschlag gemacht, dieses Thema mit einer städtischen Tochter aufzugreifen und habe sich informiert, wie dies am freien Markt ablaufe. Es gebe Marktbeteiligte, die das wiederum für andere Unternehmen, aber auch für Kommunen machen, gewissermaßen als Zwischenhändler fungieren und den Kontakt zu den Lieferanten hätten. So seien die Photovoltaikanlagen bei einigen offenbar nicht so knapp, wie es immer heiße. Es gäbe noch gute Lagerbestände und Kunden, führt Stadtrat Dr. Meyer aus. Er spreche jetzt davon, Privat- oder Gewerbekunden die Sicherheit zu vermitteln, dass sie mit dieser Photovoltaik in den nächsten Jahren einen guten Deal machen. Dies sei der Ansatz bei der Antragstellung der Ausschussgemeinschaft FDP/JU mit der städtischen Tochter gewesen, die den Stadtwerken nicht das Geschäft wegnehmen solle, sondern dieses integrierte Klimaschutzkonzept auf eine nicht nur solide Basis zu stellen, sondern auch zu beschleunigen. Man habe sich nun ein politisches Ziel gesetzt und das müsse von allen, die der Stadt angehören, egal ob Verwaltung oder Stadtrat, so vertreten werden. Um das Erreichen des Ziels zu beschleunigen, was dringend notwendig sei, könne aus Sicht der Ausschussgemeinschaft FDP/JU auch Personal eingestellt werden. Man wolle den Werbe- und Privatkunden Investitionssicherheit geben. Stadtrat Dr. Meyer wünscht sich, dass sich Herr Bolle dieser Aufgabe annehme.

Stadtrat Höbusch dankt seinem Vorredner für die Grundsatzrede. Man habe gestern im IFG Verwaltungsrat ein konkretes Beispiel, welches auch auf den Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU abziele, gehabt. Stadtrat Höbusch lobt die Weiterbearbeitung bzw. Weiterverfolgung des abgelehnten Antrags der Ausschussgemeinschaft FDP/JU für eine städtische Energieagentur oder Tochterunternehmen, welches die Energiewende weitertreiben soll. Herr Prof. Dr. Rosenfeld habe jedoch sehr eindrücklich vorgestellt, dass das Gewerbegebiet am INCampus letztendlich ein klimaneutrales Gewerbegebiet werden soll und dies auch als Blaupause für die weitere Entwicklung von Gewerbegebieten in der Stadt dienen könne. Dies sei ein konkretes Beispiel, dass man sich für die weitere Entwicklung entsprechende Vorgehensweisen nehmen könne, findet Stadtrat Höbusch. Man sei sich im Ziel einig, aber man solle sich die Beispiele konkret vornehmen und agieren.

Stadtrat Schäuble teilt mit, dass der FDP/JU bei der Antragsstellung als zweiter Punkt auch die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts, die in Zukunft extrem von den Energiepreisen determiniert sein werde, wichtig war. Die Energiepreise stabil zu halten, das gehe mit lokaler Erzeugung. Deswegen müsse man hier versuchen, alle Potenziale zu schöpfen, um den Standort wirtschaftlich stabil zu halten. Es sei sehr gut, dass hier ökologische und wirtschaftliche Belange in die richtige Richtung bzw. zusammenlaufen und man wirtschaftliche Standortsicherheit mit ökologischen Effekten verbinden könne. Deswegen glaube man, dass es von enormer Bedeutung sei, das Ganze zu beschleunigen, betont Stadtrat Schäuble.

Der Stadtrat wisse, dass in Bayern eine Energieform, nämlich die Sonnenenergie, am besten genutzt werden könne, führt Stadtrat Grob aus. Man werde die entsprechenden

Photovoltaikanlagen benötigen. Natürlich wisse er, dass Lieferengpässe bestehen, jedoch fordere niemand, in den nächsten drei Wochen alle Dächer damit zu bestücken. Aber er erwarte, dass man seitens der Stadtwerke, die ein großes Vertrauen genießen, Angebote für Bauträger, die neu bauen, auch für Bestandsdächer, mache. Im Landtag sei beschlossen worden, dass beispielsweise auch Dächer, die denkmalgeschützt sind, mit einer Photovoltaikanlage ausgerüstet werden können. Es gebe im Bereich der Agri-Photovoltaik, wo man noch forschen müsse und im Bereich der Schallschutzwände im Straßenbereich Potenzial, aber man brauche jemanden, der sich des Themas annimmt. In der Stadt gebe es niemanden, der es besser könnte und der mehr Vertrauen genießt als Herr Bolle mit den Stadtwerken Ingolstadt. Das sei ein Angebot oder auch ein Hilfeschrei, bekräftigt Stadtrat Grob. Wenn die Stadtwerke es nicht machten, dann komme wahrscheinlich irgendein unbekannter Überregionaler, der dieses Angebot möglicherweise ausfülle. Deswegen bittet Stadtrat Grob darum, dass Herr Bolle bzw. die Stadtwerke sich der Sachen annehmen. Er schlägt vor, Mieterprojekte ins Leben zu rufen, bei denen sich die Stadtwerke als Mieter von Photovoltaikanlagen auf den Dächern privater Häuser anbieten, Angebote für die Einspeisung von Photovoltaikstrom, die man in betriebsarmen Zeiten übers Jahr hin und wieder abrechne, wenn die Sonne nicht scheine. Vielleicht könne man von den Speichermedien wegkommen und große Speicher in den Netzen hinterlegen. Man habe einen riesen Bedarf an Beratung, an Aufklärung und letztendlich auch an Umsetzung. Es sei ein Vertrauensbeweis in die Stadtwerke Ingolstadt, dass diese unbedingt erforderliche Aufgabe ihnen übertragen werde, betont Stadtrat Grob. Es befremde ihn ein wenig, dass Herr Bolle sage, dass alles so schwierig sei, weil man an kein Material komme. Es bestehe eine Erwartungshaltung und man habe großes Vertrauen in die Stadtwerke und in die Potenziale, die die Sonnenenergie für die Stadt Ingolstadt bietet. Die Dächer und alle anderen Möglichkeiten sollten so gut wie möglich genutzt werden. Er schlägt vor, Beratungen für Firmen, Verwaltungen und Privatleute anzubieten, damit Energieträger, die über die Sonne gewonnen werden können, so schnell wie möglich ins Netz bringe. Dieser Standortfaktor würde auch die privaten Haushalte mittelfristig entlasten, erklärt Stadtrat Grob.

Stadtrat Semle wirft die Frage auf, welche strukturellen Vorschläge die Stadtwerke einbringen und wie sie diese organisieren möchten. Des Weiteren werde man vom Gas wegkommen, wovon die Stadtwerke Ingolstadt sehr stark lebten. Hier stelle er sich die Frage, wie der Übergang organisiert werden solle. Stadtrat Semle bittet die Stadtwerke, hier Konzepte zu erarbeiten, vorzustellen und voranzugehen.

Stadtrat Dr. Meyer bezieht sich auf die Aussage von Stadtrat Höbusch bezüglich des bereits abgelehnten Antrags der Ausschussgemeinschaft FDP/JU zu einer städtischen Tochter, die ihn irritiert habe. Er fragt an, ob dieser bereits intern abgelehnt worden sei.

Stadtrat Niedermeier stellt die Frage, ob sich der Antrag der UWG-Stadtratsfraktion, Schallschutzwände mit Photovoltaik zu versehen, bereits bei Herrn Bolle oder noch in der Verwaltung befinde.

Heute habe sie eine Facebook-Erinnerung zu einem vor 11 Jahre stattgefundenen „Workshop zur Energieeinsparung der Stadtwerke Ingolstadt“ bekommen, berichtet Stadträtin Bulling-Schröter. Nun sei das 11 Jahre her und sie möchte wissen, was in der Zeit passiert sei und was man noch unternehmen könne. Man brauche nicht nur regenerative Energien, sondern die Energieeinsparung in Sachen CO<sub>2</sub>, wozu Dämmung und vieles anderes dazugehöre. Laut wissenschaftlichen Instituten müsse man die Energieeinsparung entwickeln und ausbauen, sonst könne nur wenig CO<sub>2</sub> eingespart werden. Schließlich benötige man auch Energie für die Elektrofahrzeuge. Der Energieverbrauch werde sich in absehbarer Zeit verdoppeln. An Herrn Bolle gerichtet schlägt Stadträtin Bulling-Schröter vor, übermorgen bei der Aufsichtsratsitzung der Stadtwerke Ingolstadt über all die heute zur Sprache gekommenen Dinge intensiv zu diskutieren. Vielleicht könne er bereits darüber, was man beschließen werde, preisgeben.

Herr Bolle führt aus, dass er sich bereits gedacht habe, dass das, was er bei seinem Vortrag vorhin gesagt habe, so ankomme, als ob er sich der Aufgabe verweigern würde. Die Energiewende sei keine Stromwende. Diese Energiewende werde auch nicht allein durch Strom gelöst. Das werde man nicht schaffen. Man werde es auch nicht allein durch Photovoltaik schaffen. Wenn man das Verbrauchsverhalten eines Haushalts auf der einen Seite und die Erzeugungsstruktur einer Photovoltaikanlage auf der anderen Seite übereinanderlegen, dann werde man feststellen, dass das nicht funktioniere. Deswegen komme man um das Thema Speicherung von Energie in welcher Form auch immer, ob das batteriegebundene Speicher oder ob es Wasserstoff als Speichermedium seien, nicht herum. Bezüglich des Themas Dächer habe man in den letzten zwei Jahren pro Jahr 200 Angebote mit den Optionen, sich die Anlage zu kaufen oder zu leasen, ausgelegt. In den letzten zwei Jahren habe man pro Jahr keine Handvoll von diesen Leasing-Verträgen abgeschlossen, weil sich die Leute, wenn sie sich für eine Photovoltaikanlage entschieden haben, diese kauften. Bisher bestehe in Ingolstadt also kein Kaufkraftproblem. Aufgrund der fehlenden Nachfrage nach dem Leasing-Angebot überlege man, dieses Programm abzusetzen. Auch das Stromthema werde man in Ingolstadt von der Erzeugungsseite nicht alleine lösen können, weswegen die Strategie der Stadtwerke bereits bestehe, Windpark-Beteiligungen außerhalb der Stadt zu erwerben. Gerade sei man dabei, ein sehr großes Photovoltaik-Projekt im Donaumoos zu entwickeln. Wenn das umgesetzt werde, dann mache man mit einem Projekt circa 25 bis 30 Prozent des Haushaltsstromverbrauchs in Ingolstadt über ein Projekt. Des Weiteren sei ein kritischer Punkt die Wärme. Man müsse davon ausgehen, dass in 10 bis 15 Jahren, kein Gas mehr verkauft werde. Das ist für die Stadtwerke jedoch momentan der größte Ergebnisträger, weshalb dies eine riesige Herausforderung darstelle. Sehr bedeutend sei also die Fernwärme. Zusammenfassend bedeute das, dass man drei Hauptthemen habe, erklärt Herr Bolle. Das erste Thema sei „nicht gasbasiert“, wo man schon sehr gut dabei sei. Die Quellen seien allerdings begrenzt. Das Zweite sei die Substitution zum Strom und das Dritte sei in die Zukunft gerichtet die Effizienzsteigerung und Speicherung. Bei diesem Punkt komme dann der Wasserstoff ins Spiel. Bezüglich Wasserstoff ist Herr Bolle der Meinung, dass dies nicht für diese Dekade sei, sondern ab 2030 eine Rolle spiele. Die Strategie bei den Stadtwerken sei damit breit angelegt und er wolle die Ansicht, dass man für die Photovoltaikanlagen zu wenig tue, aus dem Weg räumen. Man wolle sich als nächstes die Änderung der Beschaffungswege in Angriff nehmen, dass man genügend Planungssicherheit habe und dem Kunden eine Bearbeitung bzw. Lieferung der PV-Anlage für z. B. die nächsten zwei bis drei Monate zusichern kann. Alles andere sei nicht vermittelbar. Wenn man Angebote stellt, welche nicht bedient werden können, seien der Schaden und die Unzufriedenheit größer. Bezüglich dem Thema Energieeinsparung erklärt Herr Bolle, dass die Stadtwerke Ingolstadt keinen großen Eigenverbrauch haben. Man sei kein Nettoerzeuger, sondern Nettoverkäufer, das bedeute, dass man einkaufe, umwandle und wiederum verkaufe. Dabei müsse man schauen, was ein Anreiz-Modell sei und dabei spiele der Baubereich auf der Verbraucherseite eine große Rolle. Die Möglichkeiten seien für die Stadtwerke auf dieser Seite sehr begrenzt. Am Donnerstag werde im Aufsichtsrat ein Katalog vorgestellt, wie man die Leute animieren könne, vor allem in den nächsten ein, zwei Wintern, weniger zu verbrauchen. Aber auch bei diesem Punkt sei das Volumen, das eingespart werden könne, begrenzt, denn heizen müsse man und Dämmen sei auch keine Lösung. Man sei für Ideen offen. Der Energienutzungsplan sei ein ganz wichtiger Baustein und man werde einen Beitrag dazu leisten.

Stadtrat Wittmann ist der Ansicht, dass man auf einem guten Weg sei. Man befinde sich aktuell in einer sehr schwierigen Situation in der gesamten Energiewirtschaft. Deswegen habe man auch den Antrag gestellt, beim Strom nicht zu wechseln, sondern mindestens die nächsten fünf Jahre weiterhin mit den Mannheimern zusammenzuarbeiten, weil es aus Sicht der CSU-Stadtratsfraktion der beste Weg sei. Am Donnerstag werde die CSU-Stadtratsfraktion in der Aufsichtsratsitzung leider nicht vertreten sein können. Es liege sicherlich am Material, an Wechselrichter, an Photovoltaikplatten und am Fachpersonal. Aber Stadtrat Wittmann sei berichtet worden, dass bei den Stadtwerken derzeit 1.400

Anträge auf Genehmigung zum Bau einer Photovoltaikanlage vorliegen, welche nicht abgearbeitet werden können. Das könne nicht sein, wenn die Bürgerinnen und Bürger bereit sind, Photovoltaikanlagen aufs Dach zu bauen. Da bräuchten sie die Stadtwerke dazu, da das nicht einfach beschlossen und durchgeführt werden könne. Dann lägen die Anträge monatelang bei den Stadtwerken und können aus welchen Gründen auch immer, vielleicht Personalgründe, nicht bearbeitet werden. Hierfür müsse eine Lösung gefunden werden. Bezüglich der Gaseinsparung appelliert Stadtrat Wittmann an die Stadt Ingolstadt, dass man jeden Tag in den Nachrichten höre, dass der zuständige Minister fordere, mindestens 15 Prozent beim Gasverbrauch einzusparen. Von Juli 2022 bis Juli 2023 solle die Stadt Ingolstadt versuchen, 15 Prozent Gas einzusparen. Das müsse eine Forderung sein, die akzeptiert werde, sonst nehme man das, was im Bund jeden Tag über die Nachrichten ausgesagt werde, nicht genügend ernst. Den Vorschlag von Stadtrat Niedermeier begrüßt Stadtrat Wittmann und fügt hinzu, dass es dazu auch einen Antrag der CSU-Stadtratsfraktion gebe.

Zu dem Thema Gaseinsparung habe man viele Themen bereits nicht nur beschlossen, sondern auch umgesetzt, erklärt Oberbürgermeister Dr. Scharpf. Allerdings habe man es nicht beziffert bzw. ihm sei keine Zahl dazu bekannt. Die Größenordnung erreiche man aber mit Sicherheit. Man habe es zwar schon bekanntgegeben, meint Oberbürgermeister Dr. Scharpf, aber bittet Herrn Hoffmann, dazu nochmal etwas zu sagen.

In dem eingerichteten Stab für außergewöhnliche Ereignisse (SAE), in diesem Fall für die Energiekrise, habe man viele verschiedene Möglichkeiten an Energieeinsparpotenzialen gefunden und bereits das erste Mal diskutiert, informiert Herr Hoffmann. Wie viel jede einzelne Möglichkeit in der Bewertung bringt, müsse noch einmal evaluiert werden. Das Absenken des Energieniveaus bei der Heizung der öffentlichen Gebäude, der Verwaltungsgebäude und der Schulgebäude habe eine sehr hohe Wirkung. Dabei stütze man sich auf eine AMEV-Richtlinie, die besagt, wie viel Grad in Schulgebäuden und Verwaltungsgebäuden notwendig sei, was 20 Grad entsprechen. Unter diesem Wert ginge nichts, und darüber sei im Moment mehr oder weniger ein Luxus, den man sich nicht leisten könne. Müsse man dieses Jahr wegen Corona nicht permanent die Fenster in den Schulen öffnen, dann könne allein dadurch einiges eingespart werden, was in den letzten zwei Wintern im Grunde zum Fenster hinaus geheizt wurde. Des Weiteren überlege man die Nachrüstung der städtischen Beleuchtung auf LED voranzutreiben. Man habe sich dagegen entscheiden diese ganz auszuschalten, weil das dem Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger schaden würde. Aber das Licht nachts zu dimmen und auf LED umzustellen, seien Lösungen, die auf jeden Fall verwirklicht werden sollten. Außerdem sei die Überlegung, in städtischen Gebäuden das Warmwasser teilweise abzdrehen. Man müsse nicht an jedem Waschbecken einen Boiler betreiben, da reichen vielleicht auch weniger Entnahmestellen. Größere Boiler könne man nicht einfach aus dem Betrieb nehmen, weil diese auf Dauer verkeimen, und kaltes Wasser könne man auch nicht permanent dadurch fließen lassen. Das suche sich durch den Boiler einen direkten Weg. Aber mit kleinen Unterflurboilern könne man dies umgehen, erklärt Herr Hoffmann. Jedoch müsse das im Detail noch besprochen und differenziert betrachtet werden. Bei der städtischen Beleuchtung sei man schon sehr weit, was zwar vielleicht einen symbolischen Akt darstelle, aber nach den SAE notwendig sei. Öffentliche Fassaden würden nicht mehr angestrahlt werden und es sei sehr schön, dass sich der Freistaat Bayern dem angeschlossen habe und somit die Immobilien des Freistaats, das Armeemuseum oder auch Kirchen nicht mehr von außen beleuchtet werden. Die Beleuchtung könne ausgeschaltet werden und werde nur noch dort in Betrieb genommen, wo es mitunter keine Straßenbeleuchtung gebe und der Verkehrssicherheit diene.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf teilt mit, dass die Liste per Pressemitteilung zur Kenntnis gegeben worden sei. Die Liste sei mit Prozentzahlen hinterlegt, aber man könne jetzt nicht nochmal alles aufaddieren. Die 15 Prozent habe man jedoch erreicht.

Die Zahl 1.400 höre er heute zum ersten Mal, entgegnet Herr Bolle an Stadtrat Wittmann gewandt. Er kenne die Zahl, dass mehrere 100 Anträge vor der Genehmigung stünden. Das Problem bestehe jedoch darin, dass die Anlagen hergestellt werden, sich aber die Abnahme der Anlage verzögere, weil ein Mangel an Wechselrichtern vorhanden sei und die Anlage damit nicht in Betrieb genommen werden könne. Man müsse die Anlage abnehmen und könne sie nicht einfach an das Stromnetz hängen. Er wolle die Zahl von 1.400 unerledigten Anträgen, die Stadtrat Wittmann genannt habe, jedoch nachprüfen. Aber man habe eine sehr hohe Anzahl von Anlagen, die eben nicht in Betrieb gehen können, weil sie nicht fertiggestellt seien. Das sei genau die Baustelle, die momentan bestehe.

Übermorgen werde das Thema selbstverständlich im Aufsichtsrat vertieft, fügt Oberbürgermeister Dr. Scharpf hinzu.

Stadtrat Reibenspieß fragt, an Herrn Bolle gerichtet, wie sich das Umdenken bei den Ingolstädter Bürger, welches sich durch die energetische Situation bewirkt habe, auf das Beratungsangebot der Stadtwerke Ingolstadt auswirken werde.

Das sei etwas, was man heute nicht abschließend beantworten könne, antwortet Herr Bolle auf die Frage seines Vorredners. Fakt sei, dass man bereits merke, dass die Zahl der Kundencenterbesuche in der Mauthstraße in den letzten zwei Monaten deutlich angestiegen sei. Das Thema fange an, die Leute zu beschäftigen und das werde sich noch deutlich erhöhen, wenn die Preismaßnahme im Herbst hinzukomme, prognostiziert Herr Bolle. Für den Herbst und für das nächste Jahr müsse man die Preise anheben, weil man zum jetzigen Zeitpunkt bereits für die nächsten Winter auf einem hohen Niveau beschaffe, weswegen man einen eindeutigen Anstieg an Beratungsbedarf erwarte. Man wolle die Leute mit möglichst vielen Information allgemein einweisen, in Form von „wo und wie“ könne der Einzelne Energie sparen, „was bringt was“ und welche Mythen gebe es. Bei vielen müsse man die Gegebenheit vor Ort betrachten, aber man könne schließlich nicht zu jedem in die Wohnung und prüfen, was gut laufe und wo Verbesserungsbedarf zum Energiesparen bestehe. Für diese Aufgabe gebe es Energieberater. Man wolle auf dem breiten Niveau, welches noch verstärkt werden soll, sein Bestes geben, aber ob man schaffe alles abzuarbeiten, was im Herbst auf einen zu komme, könne Herr Bolle nicht sagen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf erwähnt, dass man die Ausweitung des Themas Beratung mit Tipps und Hinweisen zum Energiesparen bereits besprochen habe. Dafür hatte man vor einiger Zeit die virtuelle Veranstaltung. Mindestens genauso wichtig sei das Thema, das Stadtrat Reibenspieß angesprochen habe. Dieses müsse vorangetrieben und verbessert werden, weil der Bedarf dafür vorhanden sei.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.